

Vorlage		Vorlage-Nr: Dez. I/0002/WP18
Federführende Dienststelle: Dezernat I		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 21.07.2021
		Verfasser/in:
Ratsantrag Fraktion "Die Grünen" vom 24. April 2020 "Anpassung der digitalen Strategie" Nr. 613/17		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
09.09.2021	Ausschuss für Wissenschaft und Digitalisierung	Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag: Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
		X	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
Einzahlungen	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Folge- kosten (alt)	Folge- kosten (neu)
Ertrag	0	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Weitere Erläuterungen (bei Bedarf):

Klimarelevanz

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
X			

Der Effekt auf die CO₂-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
			X

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
X			

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

gering	<input type="checkbox"/>	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	<input type="checkbox"/>	80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	<input type="checkbox"/>	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

gering	<input type="checkbox"/>	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	<input type="checkbox"/>	80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	<input type="checkbox"/>	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

<input type="checkbox"/>	vollständig
<input type="checkbox"/>	überwiegend (50% - 99%)
<input type="checkbox"/>	teilweise (1% - 49%)

	nicht
	nicht bekannt

Erläuterungen:

- 1.) Der Rat beauftragt die Verwaltung, zu analysieren, wie weit die digitale Arbeitswelt der Verwaltung den im Zusammenhang mit der Corona-Krise entstandenen Herausforderungen gewachsen ist und wo es Probleme und Defizite gibt.

Es hat sich gezeigt, dass die Verwaltung der Stadt Aachen mit ihrer Strategie gut auf die Corona-Krise vorbereitet war.

Bereits im September 2019 wurde die Dienstvereinbarung zur mobilen Arbeit herausgegeben. Diese regelt die Rahmenparameter für mobiles Arbeiten und beinhaltet auch die Nutzung von privaten Endgeräten (UYOD „Use your own Device“) für Nutzer mit VDI (Virtual Desktop Infrastructure). Mit dieser Dienstanweisung wurde auch eine Zwei-Faktor-Authentifizierung für mobil Arbeitende eingeführt. Durch diese Dienstanweisung war mit Beginn der Corona-Krise bereits ein Regelwerk gesetzt. Dieses wurde an manchen Stellen zur weiteren Flexibilisierung erweitert. (z.B. statt ein Tag/Woche mobiles Arbeiten bis 5 Tage/Woche in Abstimmung mit den Vorgesetzten möglich.) Da die Akzeptanz von VDI in der Corona-Krise sprunghaft anstieg, wurden Bereiche, welche aus verschiedenen Gründen noch nicht auf VDI umgestellt waren, sehr zügig auf VDI umgestellt; hierdurch wurde auch in diesen Bereichen mobiles Arbeiten ermöglicht.

Um ein effektives Arbeiten in der Krise zu ermöglichen, wurden die Voraussetzungen für eine Teilnahme an Videokonferenzen geschaffen. Um dabei die datenschutzrechtlichen Belange zu berücksichtigen, wurde auch für diesen Bereich ein Regelwerk geschaffen, das über das Intranet an die Mitarbeitenden kommuniziert wurde. Im Anschluss wurde ein Konzept für eigene Videokonferenzen erstellt und entsprechende Lizenzen den Dezernaten und Fachbereichen mit der Auflage zur Einhaltung des Regelwerkes zur Verfügung gestellt.

Probleme und Defizite gibt es im Bereich der eAkten bzw. dem elektronischen Dokumenten Management (DMS). Hier sind erst einige Bereiche der Verwaltung gut aufgestellt. Eine flächendeckende Einführung ist aber aufgrund der großen technischen und personellen Anforderungen an die Einführung dieser Systeme adhoc nicht möglich. Damit steht die Stadt Aachen im Vergleich zu den anderen Städten im oberen Bereich.

- 2.) Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Digitale Strategie der Stadt auf der Basis dieser Analyse zu überarbeiten und die Infrastrukturen sowie die Ausstattung in Hardware und Software entsprechend anzupassen.

Die Analyse zeigt, dass keine Anpassungen notwendig sind und keine über, die bestehende Ausstattung an Hardware und Software, beschafft werden muss.

Anlage/n: Ratsantrag 613/17

